

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung (17. TA)

des Schulausschusses

am Montag, 08.11.2010,
Verwaltungsgebäude, Goetheplatz, 1.
OG, Raum 105
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:50 Uhr

Anwesend

CDU

Andreas Eckloff

- i.V. für Klaus Hupperth

Bernhard Marewski

Stefan Ryborz

- i.V. für Thomas Härtner

Irmgard von Styp-Rekowski

- i.V. für Gisela Schumann

Ulrich Wokulat

SPD

Dr. Hans Klose

Vorsitzender

Ernst Kuchler

Christian Olbertz

Peter Viertel

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nicole Lassen-Kumfert

Dirk Udo Trapphagen

BÜRGERLISTE

Klaus-Peter Gehrtz

Wiete Godthardt

FDP

Timur Lutfullin

Freie Wähler OWG-UWG

Michael Bork

pro NRW

Susanne Kutzner

OP

Dr. Uwe Becker

Beratende Mitglieder gem. § 85 Schulgesetz

Beatrix Vogel

Zuhörer in nichtöffentlicher Sitzung

Hans-Erich Müller

Verwaltung:

Marc Adomat	Beigeordneter
Biggi Hürtgen	Dez. IV
Helmut Soelau	Schulen (40)
Claus Broscheid	Schulen (40)
Maria Kümmel	Gebäudewirtschaft (65)

Schriftführerin:

Heike Simon	Schulen (40)
-------------	--------------

es fehlen entschuldigt:

CDU

Thomas Härtner
Klaus Hupperth
Gisela Schumann

Beratende Mitglieder gem. § 85 Schulgesetz

Tim Hasbach	BezirksschülerInnenvertretung Rhein-Wupper
Pfarrer Dr. Bruno Schmidt-Späing	

T a g e s o r d n u n g

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1 Eröffnung der Sitzung.....	4
2 Genehmigung von Niederschriften	4
3 Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2015 - Nr.: 0600/2010.....	4
4 Brandschutzsanierung Gesamtschule Schlebusch - Planungs-und Baubeschluss - Nr.: 0671/2010.....	4
5 Sanierung Turnhalle Thomas-Morus-Schule, Dhünnberg 15 - Nr.: 0685/2010.....	5
Bericht des Dezernenten	5
Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 09/2010).....	7

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Rh. Dr. Klose (SPD) eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Rh. Dr. Klose verpflichtet das bürgerschaftliche Mitglied Herrn Stefan Ryborz (CDU) als Vertreter für Herrn Härtner (CDU).

2 Genehmigung von Niederschriften

Der Niederschrift über die 6. öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 13.09.10 wird zugestimmt.

3 Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2015 - Nr.: 0600/2010

Zu HSK-Vorschlag Nr. 049 (keine Gebührenfreiheit für zweites oder drittes Kind OGS) bittet Rh. Kuchler (SPD) die Verwaltung darzulegen, ob und in welcher Form eine soziale Staffelung der Elternbeiträge zur OGS vorgenommen wird und welche Folgen sich aus dem HSK-Vorschlag für die unterschiedlichen Einkommensgruppen ergeben werden.

Herr Beig. Adomat (Dez. IV) sagt für die Verwaltung eine kurzfristige schriftliche Beantwortung zu (siehe Anlage).

Der Antrag von Herrn Marewski (CDU) auf Vertagung der Beratung zu den HSK-Vorschlägen Nr. 25, 26, 27, 48 und 49 in die Ratssitzung wird

- einstimmig -

beschlossen.

4 Brandschutzsanierung Gesamtschule Schlebusch - Planungs-und Baubeschluss - Nr.: 0671/2010

Herr Beig. Adomat (Dez. IV) erklärt für die Verwaltung, dass für die Auslagerung der Schülerinnen und Schüler während der Bauzeit aus Kostengründen keine Containerklassen auf dem Schulgrundstück aufgestellt werden können. Die Kosten von rd. 1,1 Mio. € sind aufgrund der Haushaltssituation nicht vertretbar und auch nicht leistbar.

Die Unterbringung der Schülerinnen und Schüler erfolgt in vorhandenem

Schulraum. Die von den Eltern befürchtete Unterbringung in den Containerklassen der Käthe-Kollwitz-Schule in Rheindorf wird hierbei nicht in Betracht gezogen.

Die konkreten Unterbringungsmöglichkeiten werden zu gegebener Zeit mit den Schulleitungen der betroffenen Schulen unter Einbeziehung der Elternschaft abgestimmt.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

5 Sanierung Turnhalle Thomas-Morus-Schule, Dhünnberg 15
- Nr.: 0685/2010

Rh. Marewski (CDU) bittet die Verwaltung im Rahmen der Diskussion, keine pauschalen Kürzungen im Sanierungsbereich vornehmen, sondern analog zum Verfahren der KSL eine detaillierte maßnahmenscharfe Prioritätenliste für die Einsparungen zu erarbeiten.

Rh. Küchler (SPD) rät von einer solchen Prioritätenliste ab, da sie die Politik überfordern würde. Herr Küchler schlägt einen Zwischenweg zwischen einer pauschalierten Kürzung und einer Detail-Aufstellung vor.

Herr Soelau (Schulen) erklärt für die Verwaltung, dass entsprechend der zum Haushalt 2009 beschlossenen Anträge der notwendige Handlungsbedarf zur Sporthallensituation im zugesagten Sporthallenentwicklungsplan und im Weißbuch über die Sanierung städt. Gebäude aufgezeigt werden.

Beschlussempfehlung an die Bezirksvertretung III:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Bericht des Dezernenten

Herr Beig. Adomat (Dez. IV) gibt folgenden Bericht zum Thema Schulstrukturdebatte:

Aufgrund des derzeitigen Sachstandes beabsichtigt die Fachverwaltung mit den schulpolitischen Sprechern der Fraktionen und Gruppierungen nicht, wie angekündigt im Herbst in die Schulstrukturdebatte einzutreten, sondern erst im März 2011 nach Vorliegen der Anmeldezahlen zum Schuljahr 2011/2012.

Rh. Küchler (SPD) erklärt, dass es ein Fehler war, die Schulstrukturdebatte

nicht zu einem früheren Zeitpunkt geführt zu haben. Insofern ist er mit einer Verschiebung in den März 2011 nicht einverstanden.

Er macht darauf aufmerksam, dass das Fehlen der Daten bereits dazu geführt hat, nicht am Landesmodellversuch teilnehmen zu können. Er bittet die Verwaltung, das Thema schnellstens aufzugreifen und den Schulausschuss über die möglichen Varianten einschl. der Bedingungen und Konsequenzen zu unterrichten.

Herr Lutfullin (FDP) vertritt die Auffassung, dass die Diskussion über die Schullandschaft seit Jahren geführt wird. Mit Blick auf die vielfältigen Problemstellungen, vor denen die Stadt Leverkusen derzeit steht, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Haushaltssituation, hält er die vorgeschlagene Verschiebung der Schulstrukturdebatte auf März 2011 für sinnvoll.

Rh. Marewski (CDU) hält eine über einen längeren Zeitraum angelegte sorgfältige Prüfung, bei der viele Dinge besonnen angestoßen werden können und die eine parallele Begleitung des Vorgehens der Landesregierung darstellt, für sinnvoll. Die Bemühungen der Landesregierung sollten nicht durch Überaktionismus konterkariert werden.

Rh. Küchler (SPD) empfiehlt, im Sinne der Landesregierung behutsam vorzugehen. Es sollte aber geprüft werden, ob die Möglichkeit gegeben ist, sich am Schulversuch zu beteiligen.

Rh. Dr. Becker (OP) verweist auf den GPA-Bericht zur Flächenoptimierung und erklärt, dass die Zusammenstellung der Daten und Fakten vorrangig und nicht erst im März 2011 vorgenommen werden sollte.

Herr Soelau (Schulen) erklärt für die Verwaltung, dass die Schülerdaten im Rahmen der Veröffentlichung der amtl. Schülerzahlen, die zum 15.10.10 erhoben worden sind, wie in jedem Jahr bekannt gegeben werden. Darüber hinaus wird die Fachverwaltung die Regelungsbedarfe für Leverkusen in den Teilschulentwicklungsplänen unter Berücksichtigung der Schülerzahlenentwicklung, des Anmeldeverhaltens der Eltern, der Ganztagsentwicklung in der Primarstufe und der Sekundarstufe I, der Themen Inklusion und Kompetenzzentren sowie der sich hieraus ergebenden Raumbedarfe und der Belange des GPA-Berichtes aufzeigen.

Die v.g. Parameter stellen die Grundlagen für die Schulstrukturdebatte dar.

Im Übrigen macht Herr Soelau darauf aufmerksam, dass das Hauptaugenmerk auf dem Hauptschulbereich liegt, da der Gymnasialbereich erhebliche Zuläufe zu verzeichnen hat und der Realschulbereich stabile Schülerzahlen aufweist.

Herr Soelau erklärt weiterhin, dass den Schulen die Papiere der Landesregierung vorliegen. Als einzige Schule hat bisher die GHS Neukronenberger Str.

grundsätzliches Interesse an einer Erörterung der Umwandlungsbedingungen in eine Gemeinschaftsschule bekundet. Die vorgetragenen Vorstellungen der Schule sind jedoch noch so offen, dass eine Erörterung der Möglichkeiten für Dezember 2010 verabredet worden ist.

Rückmeldungen anderer Schulen liegen bisher nicht vor.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 09/2010)

- keine

Der Vorsitzende, Herr Dr. Klose (SPD), schließt die öffentliche Sitzung.

Dr. Hans Klose schließt die Sitzung gegen 17:50 Uhr.

Dr. Hans Klose
Vorsitzende/r

Heike Simon
Schriftführer/in

Anlage

**Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept 2011 – 2015
- Nr.: 0600/2010**

Zu HSK-Vorschlag Nr. 049 bittet Herr KÜchler (SPD) die Verwaltung darzulegen, ob und in welcher Form eine soziale Staffelung der Elternbeiträge zur OGS vorgenommen wird und welche Folgen sich aus dem HSK-Vorschlag für die unterschiedlichen Einkommensgruppen ergeben werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Nach der bestehenden Richtlinie und Entgeltordnung (in der jeweils gültigen Fassung) für die Inanspruchnahme von außerunterrichtlichen Angeboten in offenen Ganztagschulen im Primarbereich zahlen die Erziehungsberechtigten einen Elternbeitrag nach folgender sozialen Staffelung:

Gesamte positive Einkünfte (brutto) des Jahres 2010	Voraussichtliche Einkünfte (brutto) im Jahr 2011	Elternbeitrag/Monat für das erste Kind	Elternbeitrag/Monat für das zweite Kind
<input type="checkbox"/> bis 12.516 €	<input type="checkbox"/> bis 12.516 €	10,00 €	5,00 €
<input type="checkbox"/> bis 24.542 €	<input type="checkbox"/> bis 24.542 €	25,00 €	12,50 €
<input type="checkbox"/> bis 36.813 €	<input type="checkbox"/> bis 36.813 €	55,00 €	27,50 €
<input type="checkbox"/> bis 49.084 €	<input type="checkbox"/> bis 49.084 €	85,00 €	42,50 €
<input type="checkbox"/> bis 61.355 €	<input type="checkbox"/> bis 61.355 €	115,00 €	57,50 €
<input type="checkbox"/> über 61.355 €	<input type="checkbox"/> über 61.355 €	150,00 €	75,00 €

Das dritte Kind, das eine offene Ganztagschule besucht, ist von der Beitragszahlung freigestellt.

Zusätzlich zu dieser Beitragsregelung ist in der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch einer Tageseinrichtung für Kinder in der Stadt Leverkusen vom 08. April 2008 festgelegt, dass der Elternbeitrag für das zweite und jedes weitere Kind entfällt, wenn mehr als ein Kind derselben Erziehungsberechtigten gleichzeitig eine Tageseinrichtung für Kinder und eine offene Ganztagschule im Primarbereich in Leverkusen besuchen.

Vom Wegfall dieser Geschwister-Regelung sind nach dem Stand zum Schuljahr 2010/2011 insgesamt ca. 400 Kinder bzw. Familien betroffen. Dies entspricht ca. 20% der Kinder im offenen Ganztags.

Im Beispielfall einer Familie mit einem Jahreseinkommen bis 36.813 € mit zwei Kindern im offenen Ganztage wären nach Wegfall der Geschwisterregelung anstatt derzeit 82,50 €/Monat 110 €/Monat zu zahlen. Dies entspricht einer Mehrbelastung der Familie um rd. 33%. Bei drei Kindern im Ganztage würde sich die Belastung verdoppeln.